

# Inhalt

---

## **Einleitung.**

### **Geschlechtergerechtigkeit durch Demokratisierung?**

Susanne Schröter | 7

## **Tunesien:**

### **Vom Staatsfeminismus zum revolutionären Islamismus**

Susanne Schröter/Sonia Zayed | 17

## **Frühling der Frauen am Nil**

Julia Gerlach | 45

## **Ermächtigung von Frauen im Jemen?**

### **Zur potentiellen Dynamik sozialer Bewegungen**

Roswitha Badry | 67

## **„Wir sind die Hälfte der Bevölkerung Irans.“**

### **Die Frauen in der Demokratiebewegung**

Katajun Amirpur | 97

## **Transformationsdynamiken der Geschlechterordnung in Indonesien.**

### **Aktivistinnen im Spannungsfeld politischer, religiöser und kultureller Entwicklungen**

Monika Arnez | 127

## **Der arabische Staat und die Politik des Überlebens.**

### **Das Beispiel Kuwait**

Elham Manea | 163

## **Eine egalitäre Geschlechterordnung in Saudi-Arabien?**

### **Frauen als Akteure des Wandels**

Sebastian Sons | 197

**Konkurrenz, Kooperation und Widerstand.**

**Handlungsoptionen irakischer Frauen im politischen Feld**

Andrea Fischer-Tahir | 237

**Afghanistan plus 10 – Demokratisierung per Intervention?**

**Reflexionen zu Demokratisierung in Interventions-  
und Konfliktkontexten**

Andrea Fleschenberg dos Ramos Pinéu | 265

**Islam und Gender in Indien.**

**Perspektiven der Geschlechtergerechtigkeit in  
der Minderheitensituation**

Nadja-Christina Schneider | 297

**Autorinnen und Autoren | 319**

# Einleitung

## Geschlechtergerechtigkeit durch Demokratisierung?

---

SUSANNE SCHRÖTER

Ist Demokratisierung ein Mittel, um Geschlechtergerechtigkeit herzustellen, wie viele Politiker in westlichen Ländern glauben? Bedeutet die Partizipation von Frauen an Revolutionen, dass sie die postrevolutionären Gesellschaften angemessen mitgestalten können? Und heißt weibliche Teilhabe, sei es als Demonstrantin oder als Wählerin, dass Frauenrechte im Sinne der Antidiskriminierungskonvention der Vereinten Nationen durchgesetzt werden? Die Autor/innen dieses Sammelbandes gehen den genannten Fragen am Beispiel der jüngsten Entwicklungen in islamisch geprägten Ländern nach und befassen sich dabei vor allem mit der Bedeutung des Islams für die jeweiligen politischen und kulturellen Ordnungen.

Ausgangspunkt und Inspiration für das Buch war eine Konferenz, die anlässlich der Umbrüche in der arabischen Welt im Dezember 2011 im Forschungskolleg Humanwissenschaften in Bad Homburg stattfand.<sup>1</sup> Die so genannte „Arabellion“, an der Frauen als Demonstrantinnen und Bloggerinnen in großer Anzahl beteiligt waren, stellte ein Ereignis dar, das westliche Berichterstatter zu geradezu enthusiastischen Schlussfolgerungen über mögliche Umwälzungen der herrschenden Geschlechterordnungen motivierte. Verschleierte und unverschleierte Frauen, die die Fäuste in die Luft reckten, zierten über Monate die Titelseiten von Hochglanzmagazinen, und

---

1 Die Tagung wurde im Rahmen des Exzellenzclusters „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ der Goethe-Universität Frankfurt durchgeführt.

auch die Fernsehanstalten zeigten gerne die weibliche Seite der Revolten. Als schließlich der jemenitischen Journalistin Tawakkul Karman für ihr politisches Engagement der Friedensnobelpreis verliehen wurde, schien es, als ob nicht nur ungeahnte Zeiten für die arabischen Welt anbrechen, sondern die Vorurteile des Westens gegenüber den islamisch geprägten Gesellschaftsordnungen gänzlich ad absurdum geführt würden.

Einige arabische Wissenschaftlerinnen waren weniger euphorisch, und die Journalistin Mona Eltahawy stellte sogar die These auf, dass sich an der Diskriminierung und rechtlichen Benachteiligung von Frauen nach den Revolutionen kaum etwas ändern würde. Zu fest verwurzelt sei die Vorstellung von der Minderwertigkeit der Frauen und der Rechtmäßigkeit männlicher Dominanz, schrieb sie in einem aufsehenerregenden Artikel mit dem Titel „Why they hate us“, der im Mai 2012 in der amerikanischen Zeitschrift *Foreign Policy* veröffentlicht wurde.

Dass Demokratisierung nicht automatisch zu einer geschlechtergerechten Ordnung führen muss, zeigt sich vor allem dort, dort wo die Demokratie starke islamische Erneuerungsbewegungen ermächtigte und islamistische Akteure in der Regierungsverantwortung stehen. Das ist zurzeit sowohl in Tunesien als auch in Ägypten der Fall. In den ersten freien Wahlen nach dem Sturz Zine El-Abidine Ben Alis erhielt die islamische Ennahda-Partei in Tunesien die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen und stellt heute die Regierung. In Ägypten triumphierte die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei der Muslimbruderschaft. Beide stehen unter dem Druck radikaler salafistischer Organisationen, die nicht nur eine am Koran und der Sunna ausgerichtete Geschlechterordnung etablieren wollen, sondern die islamischen Quellen in einer denkbar patriarchalischen Lesart deuten. Diese Kräfte haben sich bereits mit Vorstellungen einer Geschlechterordnung zu Wort gemeldet, die den Prinzipien der UN-Konvention gegen die Diskriminierung von Frauen, die von allen Staaten Nordafrikas ratifiziert wurde, fundamental widerspricht. Dass sie ihre Ziele nicht nur mit gewaltfreien Mitteln verfolgen, haben die vergangenen Monate ebenfalls gezeigt.

Verbale, aber auch tätliche Angriffe gegen Frauen haben seit den Umbrüchen ohnehin deutlich zugenommen – einerseits ausgehend von antirevolutionären Kräften, die Demonstrantinnen, wie in Ägypten, mit sexuellen Übergriffen, öffentlichen Entkleidungen und den so genannten „Jungfrauentests“ einzuschüchtern versuchten, andererseits aber auch von islamistischen Akteuren, die Verletzungen einer vermeintlichen gottgewollten mo-

ralischen Ordnung mit Gewalt ahnden wollten. Die ägyptische Kunststudentin Aliaa Magda Elmahdy, die ihren unbedeckten Körper als Mittel des Protests im Internet gezeigt hatte, wurde durch massive Morddrohungen gezwungen unterzutauchen, Künstler/innen, die in Tunis, ebenfalls mit Aktbildern, gegen die zunehmende Islamisierung protestierten, lösten gar Straßenschlachten zwischen Salafisten und der Polizei aus. Gegen diese Entwicklungen formieren sich Proteste, und es zeichnen sich erbitterte Auseinandersetzungen zwischen denjenigen ab, die die Gleichheit der Geschlechter gesetzlich festgeschrieben sehen wollen und denjenigen, die auf religiös begründete Unterschiede zwischen Männern und Frauen rekurrieren. Inwieweit die neuen politischen Machthaber die Rechte von Frauen letztendlich stärken oder schwächen, ob sie neue Möglichkeiten der Partizipation eröffnen oder vorhandene einschränken, ob sie für eine Kultur der Gleichheit der Geschlechter oder eher für eine der komplementären Rollen von Männern und Frauen stehen, vermag zum gegenwärtigen Zeitpunkt niemand zu sagen. Tatsache ist jedoch, dass Frauen in den Parlamenten nur eine untergeordnete Rolle spielen und in den neuen Regierungen nahezu nicht präsent sind.

Wenn islamistische Akteure und Organisationen durch Demokratisierungsprozesse politisch ermächtigt werden, sind Wissenschaftler/innen aufgefordert, die von westlichen Stiftungen und Parteien vorgetragene Gleichsetzung von Demokratisierung und Frauenrechten kritisch zu hinterfragen oder sogar noch weiter zu gehen und zur Diskussion zu stellen, ob Gleichheitsvorstellungen, wie sie in der erwähnten UN-Konvention niedergelegt wurden, von der Mehrheit der Bürger/innen überhaupt gewollt sind. Gerade in der islamischen Welt wurden Frauenrechte in der Vergangenheit vielfach durch autoritäre Herrscher gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt, spricht man vom „Staatsfeminismus“. Eines der bekanntesten Beispiele stellt der Iran während der Herrschaft der Pahlavis dar; aber auch die autoritären Regime Tunesiens, der Türkei, Syriens oder des Iraks haben Modernisierung und Frauenemanzipation miteinander zu einer eigenen Staatsdoktrin verknüpft. In allen Fällen wurde das staatliche Emanzipationsprogramm sowohl gegen die traditionellen islamischen Eliten als auch gegen große Gruppen der frommen Bevölkerung durchgesetzt. Vor allem religiöse Frauen lehnten Maßnahmen wie das Verbot der Verschleierung ab, das Kemal Pascha 1925 in der Türkei und Schah Reza Pahlavi 1937 im Iran erlassen hatte. Im Iran fegte im Jahr 1979 eine stark von der Zivilge-

sellschaft getragene Revolution den Schah und seine Modernisierungsgenda hinweg und machte Platz für einen islamischen Staat, in dem als erstes die Rechte der Frauen abgeschafft wurden. Heute dagegen hat sich ein großer Teil der gebildeten städtischen Jugend von diesem Staat abgewendet und fordert sowohl Demokratie als auch Frauenrechte.

Staatliche Emanzipationsprogramme werden abgelehnt, das zeigt die Geschichte, wenn sie als Bestandteile autoritärer Herrschaft diskreditiert werden. Schwierig ist die Situation auch dort, wo Demokratie und Frauenrechte von außen im Rahmen einer militärischen Intervention implementiert wurden. Die Vorstellung der Gleichheit der Geschlechter wird in diesen Regionen von vielen als kulturimperialistisches Kampfmittel und als Teil einer fremden Ordnung empfunden, die der eigenen Gesellschaft mit Gewalt aufoktroziert wird. Ob Emanzipationsmodelle, wie sie die Vereinten Nationen vorsehen, unter den Bedingungen freier Aushandlungsprozesse in islamischen Ländern Mehrheiten finden und dort selbstbestimmt etabliert werden können, ist nicht gesichert. Sie konkurrieren mit islamistischen Geschlechtermodellen, die auf „Gleichwertigkeit“ anstelle von „Gleichheit“ abzielen und die Rollen von Frauen primär als Ehefrauen und Mütter definieren. Es sind beileibe nicht nur Männer, die diese islamische Alternative zur „westlichen“ Emanzipation favorisieren. Gerade islamistische Akteurinnen arbeiten mit großem Engagement an der Implementierung einer neuen moralischen Ordnung, streiten für die Verhüllung des weiblichen Körpers und die Bestrafung von Unsittlichkeit. Sie stehen dabei säkularen Frauenrechtlerinnen gegenüber, die mit Recht fürchten, dass einmal errungene oder staatlich gewährte Freiheiten die ersten Opfer der angestrebten frommen Transformationen der Gesellschaften sein werden.

Im Rahmen dieses Sammelbandes sollen die Aushandlungsprozesse zwischen unterschiedlichen Akteur/innen – Liberalen und Konservativen, Religiösen und Säkularen, Ideolog/innen und Pragmatiker/innen – ebenso ausgelotet werden wie die komplexen innen- und außenpolitischen Momente, die dabei wirksam werden. Der regionale Bogen ist weit gespannt und reicht von Südostasien bis zu äußersten Westen Nordafrikas; politisch werden sowohl Demokratien als auch autokratische Regime oder Staaten, die sich im politischen Umbruch befinden, thematisiert. In allen behandelten Ländern steht der Kampf um die zukünftige Geschlechterordnung im Zentrum politischer und kultureller Transformationsprozesse, werden allgemeine Vorstellungen von Gesellschaft in Genderkategorien verbalisiert oder

zumindest mit diesen verknüpft. Die Auseinandersetzung um Frauenrechte ist kein Nebenschauplatz genereller Umbrüche, sondern steht im Zentrum politischer, religiöser, sozialer und rechtlicher Debatten.

Der Beitrag von Sonia Zayed und mir befasst sich mit den virulenten Entwicklungen in Tunesien seit der Dekolonisierung. Wir haben darin den historischen Verlauf der Debatten um Frauenrechte nachgezeichnet, der in den 1930er Jahren mit den Schriften Tahar Haddads begann und unter Bourguiba und Ben Ali zu einem staatlich gelenkten Emanzipationsprogramm entwickelt wurde, das Tunesien den Ruf des in dieser Hinsicht modernsten Staates der arabischen Welt einbrachte. Ob die Idee der Gleichberechtigung der Geschlechter in der Bevölkerung verankert werden konnte oder im Prozess der Demokratisierung wieder revidiert und einem konservativen Modell geschlechtlicher Komplementarität Platz machen wird, ist ungewiss. Tunesien erlebt zurzeit dramatische Auseinandersetzungen um Gender und Islam, die nahezu täglich Schlagzeilen machen und von islamistischen Akteuren mit großer Gewaltbereitschaft geführt werden.

Eine anders gelagerte Situation existiert in Ägypten, einem Land, in dem die Frauenbewegung bereits in die Anfänge des 20. Jh. zurückgeht. Julia Gerlach, die die Verläufe der Arabellion als Journalistin kritisch verfolgt, stellt in ihrem Essay dar, mit welchen Schwierigkeiten die jungen Revolutionärinnen zu kämpfen haben, die sich nicht nur gegen die politischen Machtverhältnisse, sondern auch gegen die Vorstellungen weiblicher Sittsamkeit stellen, denen zufolge eine ehrbare Frau nichts auf einer Demonstration zu suchen hat. Sexuelle Gewalt wurde als Mittel der Aufstandsbekämpfung gegen junge Frauen eingesetzt und teilweise von konservativen Kräften gebilligt. Wie in Tunesien konnten auch in Ägypten islamistische Parteien überwältigende Wahlerfolge verzeichnen, dominieren die aktuelle Regierung und geben zu Befürchtungen Anlass, dass Frauenrechte im demokratischen Prozess schrittweise abgebaut werden könnten.

Roswitha Badry befasst sich mit der jüngeren Geschichte der Republik Jemen. Jemenitische Demonstrantinnen, die in langen schwarzen Gewändern auf die Straße gingen und Demokratie forderten, wurden in der westlichen Berichterstattung der Arabellion besonders gefeiert – nicht zuletzt wohl deshalb, weil man das Land bisher eher als rückschrittlich wahrgenommen hatte. Mit der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Aktivistin Tawakkul Karman im Jahr 2011 trug man der neuen Einsicht Rechnung, dass Jemenitinnen nicht notwendig Gefangene tribaler Traditionen oder re-

ligiöser Restriktionen sein müssen, sondern auch als gebildete und selbstbewusste Gestalterin einer neuen Ordnung in Erscheinung treten können. Roswitha Badry zeigt, dass sie sich bereits seit Jahrzehnten für Demokratie und Frauenrechte engagieren und verdeutlicht, mit welchen Chancen und Hindernissen sie auf dem Weg einer Umsetzung ihrer Ideen konfrontiert werden.

Der Iran ist eines der Beispiele, die zeigen, dass sich die Situation von Frauen im Laufe von Revolutionen massiv verschlechtern kann, selbst wenn sie aktiv am Regimewechsel beteiligt waren. Nach dem Sturz des Schahs etablierten die von der Bevölkerung ermächtigten religiösen Führer eine islamische Diktatur, in der Frauen alle Rechte verloren, die ihnen während der Pahlavi-Dynastie verliehen worden waren. Katjun Amirpur zeichnet nach, wie sie versuchen, sich trotz der herrschenden „Geschlechter-Apartheid“ Handlungsspielräume zu erobern, wie sie für Gerechtigkeit kämpfen und welchen Beitrag sie zur Demokratiebewegung des Jahres 2009 leisteten, die auf Anweisung Ahmadinejads mit äußerster Brutalität zerschlagen wurde. Während Frauenrechtlerinnen bis in die 1980er Jahre hinein glaubten, eine geschlechtergerechte Ordnung könne nur auf säkularen Prinzipien basieren und setze das Zurückdrängen des Religion voraus, sind viele iranische Feministinnen heute davon überzeugt, dass emanzipative Grundsätze nicht im Gegensatz zum Islam stehen müssen, sondern vielleicht sogar aus religiösen Texten herausgelesen werden können.

Ein zweites Beispiel für ein Land, in dem eine siegreiche Revolution ein autoritäres säkulares System beendet hatte, stellt Indonesien dar. Dort hatte ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen und Akteure, unter ihnen viele Frauen, im Jahr 1998 den seit 33 Jahren regierenden Diktator Suharto gestürzt und einen umfassenden Demokratisierungsprozess eingeleitet, der von internationalen Beobachtern als gelungen und oftmals sogar als vorbildlich bezeichnet wird. Monika Arnez schildert, wie sich die indonesische Gesellschaft seit dieser Zeit zunehmend islamisiert und welche neuen rechtlichen Benachteiligungen Frauen durch die Einführung islamischer Gesetze und Verordnungen erfahren. Dass diese Entwicklung nicht gradlinig verläuft, zeigen andererseits jüngst aufgelegte Programme gegen häusliche Gewalt und die Ausbeutung von Hausangestellten, Frauenquoten für politische Parteien oder das staatliche Engagement für Mädchenbildung.



Die im Golf-Kooperationsrat zusammengeschlossenen Staaten der arabischen Halbinsel haben bis dato keinen Demokratisierungsprozess durchlaufen. Die Opposition scheiterte an den harten Reaktionen der Herrschenden und vielleicht auch an mangelnder Unterstützung der Bevölkerung. Die Monarchien gelten nicht nur in Bezug auf politische Strukturen, sondern auch auf die herrschenden Geschlechterordnungen als ultra-konservativ. Trotzdem gerät auch hier einiges in Bewegung, sind die Machthaber genötigt Reformen einzuleiten. Elham Manea stellt die These auf, dass drei Merkmale der autoritären arabischen Staaten ihre Geschlechterpolitiken bestimmen: die fehlende Legitimierung, ihre Abhängigkeit von traditionellen Akteuren und eine schwierige Überlebenspolitik. Für Kuwait weist sie nach, dass ein in der Verfassung festgeschriebener Gleichheitsgrundsatz nicht unbedingt politische Konsequenzen nach sich ziehen muss und dass Frauenrechte nur dann gefördert werden, wenn es für die Herrschenden politisch opportun ist, wenn Frauenförderung im Hinblick auf relevante innen- oder außenpolitische Faktoren eine Ressource darstellt oder einflussreiche Akteure ihre Position im Gefüge rivalisierender Konkurrenten durch eine entsprechende Positionierung stärken können. Der arabische Staat, schreibt Manea, handelt machiavellistisch, und erst als sich Frauen aus unterschiedlichen Lagern zusammenschlossen und eigene internationale Netzwerke zu ihrer Unterstützung mobilisierten, konnte eine der wichtigsten Forderungen, das Frauenwahlrecht, implementiert werden.

Sebastian Sons untersucht in seinem Beitrag, wie sich Frauen in Saudi-Arabien zurzeit als Akteurinnen eines politischen und kulturellen Wandels positionieren. Eine zunehmende Anzahl von Frauen ist mittlerweile hoch gebildet, hat bessere Abschlüsse als die Männer, eine höhere Arbeitsmoral und dringt auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Frauen geben sich nicht mehr damit zufrieden, ihre Managementkompetenzen innerhalb der Familie einzubringen, eröffnen Unternehmen und erwirtschaften 25% des Privatkapitals. Verglichen mit der ökonomischen Entwicklung hinkt die Politik zwar noch weit hinterher, doch auch hier lassen sich erste Anzeichen für Veränderung beobachten, gelangen Frauen vereinzelt in Führungspositionen. Das Königshaus reagiert auf diese sich abzeichnenden Umwälzungen ambivalent. Einerseits werden Zugeständnisse gemacht, wurde Frauen u.a. für das Jahr 2015 das aktive und passive Wahlrecht versprochen, andererseits wird jede ernsthafte Opposition mit repressiven Maßnahmen unterdrückt.

Zwei Artikel thematisieren die Folgen internationaler Interventionen für die Geschlechterordnungen. Andrea Fischer-Tahir hat die Entwicklungen der Geschlechterordnung im Irak erforscht. Der postkoloniale irakische Staat unter Herrschaft der seit 1968 regierenden Baath-Partei verfolgte ein ähnliches Modernisierungsprogramm wie die autokratischen Herrscher Tunesiens. Weibliche Bildung und Berufstätigkeit wurden gefördert und das Rechtssystem zugunsten der Frauen reformiert. Dass diese Transformation vornehmlich ökonomisch motiviert war, zeigt der Umstand, dass die Regierung das Rad der Geschichte Anfang der 1990er Jahre wieder zurückdrehte, als sich die Wirtschaftslage verschlechterte. Nach dem Sturz Saddam Husseins im Jahr 2003 setzte eine Entwicklung ein, die von Wissenschaftlerinnen sehr unterschiedlich bewertet wird. Sicher ist, dass sie ambivalent ist. Einerseits wurde das Personenstandsrecht an die Scharia angepasst, die Polygynie wieder erlaubt und das Züchtigungsrecht des Ehemannes gegenüber seiner Frau eingeführt, andererseits Frauenquoten eingeführt und neue Handlungsspielräume für Frauen eröffnet. Welche Chancen Aktivistinnen haben, um ihre Vorstellungen durchzusetzen, hängt, so Fischer-Tahir, maßgeblich davon ab, in welche männlich dominierten Netzwerke und Organisationen sie eingebunden sind und ob diese von ihrer Unterstützung politische Vorteile erwarten.

Das zweite Beispiel für einen Staat, dessen politische Entwicklung durch eine militärische Intervention vorangetrieben wird, ist Afghanistan. Andrea Fleschenberg befasst sich mit den auf internationalen Konferenzen verabschiedeten Richtlinien zur Eliminierung der Diskriminierung von Frauen und den tatsächlichen Möglichkeiten ihrer Umsetzung. Vieles, darin ist sich Fleschenberg mit afghanischen Aktivistinnen einig, sei erreicht worden. Frauen arbeiten heute als Polizistinnen, sind in Gemeinderäten und im Parlament präsent, häusliche Gewalt wird debattiert, und Opfer können in Frauenhäusern Zuflucht suchen. Allerdings stößt die neue Ordnung vielerorts auf Unverständnis und wird als fremd wahrgenommen. Frauenrechtlerinnen befürchten, dass sich die Situation nach dem Abzug der internationalen Truppen dramatisch verschlechtern könnte und hoffen, dass all die Interventionsakteure, die die Implementierung von Frauenrechten in Afghanistan in der Vergangenheit auf ihre Agenda gesetzt hatten, daran auch nach 2014 festhalten.

Der Aufsatz von Nadja-Christina Schneider beleuchtet die Situation muslimischer Frauen in Indien und bringt eine weitere Perspektive in die

Thematik des Sammelbandes ein. Indien ist die größte Demokratie der Welt, und Muslime stellen eine Minderheit dar, die von nationalistischen Hindus wegen ihrer vermeintlich rückschrittlichen Geschlechterordnung diskriminiert wird. Anders als in vielen arabischen Ländern stellt das an der Scharia ausgerichtete Personenstandsrecht für Aktivistinnen kein Ziel der Kritik dar, sondern sei vielmehr, so Schneider, ein zentraler Bestandteil muslimischer Identitätspolitik. Frauenrechtlerinnen orientieren sich unter diesen schwierigen Verhältnissen nicht an säkularen Emanzipationsmodellen, sondern versuchen ihre Handlungsspielräume innerhalb eines religiösen Rahmens zu erweitern. So organisieren sie sich in eigenen *Jama'at*, und vereinzelt gelang es ihnen bereits Frauenmoscheen zu errichten.